

Salzburger Zeitung

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen

In ganz Halle
die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrg. 217 Nr. 129/187

Bezugspreis:

monatlich 3,40 Gehaltlos — Beilagen werden sämtlich
Postamtlich, Sonntags und unter Auslagen entgegengenommen.
— Ebenfalls enthält den Vertrag von Schiedsrichtern.

Halle-Saale

Anzeigenpreis:

Die 8 Spalten zu 40 mm Breite und 10 mm Höhe. Kleine
Anzeigen zu besonderen Preisen. Druck- und
3 Pfennig. Die 3 Spalten zu 30 mm Breite und 10 mm Höhe
60 Pfennig. Rabatt nach Tarif. Erstausgabe Halle-Saale.

Verlagsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801,
abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachverteilung Leipzig 29 512.

Sonnabend, 9. August 1924

Verlagsstelle Berlin: Sternburger Str. 30, Fernruf 211, Kurffeldstr. 92/90
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Draß von Otto Ehle, Halle-Saale

Ein drohender Kompromiß in der Eisenbahnfrage

Umfall der deutschen Delegation?

Herriot reist nach Paris

London, 8. August.

(Durch Funkpruch.)

Herriot wird am Sonnabend mit Rollet und Clemenceau zusammen nach Paris reisen, um in der wichtigsten Entscheidung über die Frage der militärischen Abrüstung und die Beibehaltung der 4000 Eisenbahner die Zustimmung des Kabinetts zu erbiten.

Paris, 8. August.

In der Frage der militärischen Abrüstung des Ruhrgebietes liegen von französischer Seite bekanntlich bereits mehrere Pläne vor, von denen der erste von Schanze und Guitt entworfen worden war. Zu diesen verschiedenen Plänen ist nun getreten auch ein Projekt des Generals Rollet hinzugekommen, das deswegen interessant ist, weil hier die Frage der militärischen Abrüstung zum ersten Male von einem militärischen Sachverständigen behandelt wird. Dieses Projekt, das es in die Berücksichtigung der grünen Polizei und die Durchführung der Entwaffnung Deutschlands vorseht, kann jedoch vorläufig noch nicht als angenommen gelten. Der Verteidiger des „Reits Vertriebs“ weist auf die wesentlichen Schwierigkeiten innerhalb der französischen Delegation hin und gibt zu verstehen, daß man sich noch immer nicht entschließen könnte, einem der vorliegenden Pläne den Vorzug zu geben, was offenbar damit zusammenhängt, daß Macdonald zu keinem der französischen Vorschläge betreffend die militärische Abrüstung des Ruhrgebietes seine Zustimmung erteilen könnte. An dieser Zustimmung, zu deren Einholung die französische Delegation nicht verpflichtet ist, liegt Herriot aber aus den vorhergehenden Gründen.

Ein Umfall?

Berlin, 8. August.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Nachrichten, die in den letzten Stunden eingetroffen sind, entsprechen den augenblicklichen Verhandlungen der Ausschüsse und Unterkommissionen. Sie sind sehr unklar, so daß man sich kein Urteil bilden kann. Bekanntlich muß man, das Bestreben um Untereinander zu trennen, dann muß man die Befriedigung äußern, daß die deutsche Delegation heute umgefallen ist. Als Grund für die Reise Herriots nach Paris wird in Berliner Kreisen angenommen, daß er das Einverständnis der französischen Kammer zu einem Kompromiß

Kompromiß

holen will, das die schwierige Frage der Ruhräumung aus der Welt schafft. Wenn man bestimmten Nachrichten glauben darf, so wird der Plan, daß Herriot für die militärische Abrüstung der Ruhr eintritt unter einer Bedingung, daß Deutschland seine Zustimmung zu dem 4000 belgische und französische Eisenbahner im deutschen Dienst zu belassen. Es wäre eine ungewohnte Zumutung, daß fremde Eisenbahnbeamte in den Dienst der deutschen Eisenbahnen treten sollten, was die größten Schwierigkeiten und Nachteile für die Eisenbahnverwaltung nach sich ziehen würde. Wenn es sich als richtig herausstellen sollte, daß die deutsche Regierung dieses wirtschaftliche Zusammenhängen gemacht hat, so ist man in redigierten Kreisen in Berlin unter keinen Umständen bereit, diesem Kompromiß beizutreten. Man ist dort der Ansicht, daß die Reise Herriots nach Paris nur ein Versuch ist, die deutsche Delegation nach Berlin zurückzuführen, um hier die Entscheidung einzufällen. Abgesehen von der Unklarheit über die in diesem Kompromiß ruhenden Forderungen, sieht man in diesen Kreisen nicht ein, so facto dadurch die Ruhräumung als rechtlich richtig anzuerkennen. Man steht fest auf dem Standpunkt, daß die militärische Abrüstung ein einseitiges Flagranten Verstoß gegen die Bestimmungen der Versailler Friedensverträge ist, die nicht durch deutsche Zusicherungen beseitigt werden darf.

Die Beratungen der zweiten und dritten Kommission

Berlin, 8. August.

Quatsch vormittag um 10 Uhr trafen die zweite und dritte Kommission in London zur Beratung zusammen. Die Sitzung der Sechseger, die um 11 Uhr stattfinden sollte, wurde auf 2 Uhr 30 Minuten verschoben. In diesen Beratungen wird vorwiegend die Frage der Abrüstung, die Konferenzbedingungen und die Eisenbahnfrage besprochen werden. Es ist wie bereits gemeldet, nicht anzunehmen, daß die Konferenz früher als Mitte nächster Woche zu Ende gehen kann.

Was die Entwicklung betrifft, die sich voraussichtlich nach Verlauf der Konferenz in Berlin abspielen wird, so läßt sich

im Augenblick darüber Bestimmtes noch nicht sagen. Es ist nicht richtig, daß die Reparationskommission große und verzögernde Einwendungen gegen die von der dritten Organisationskommission festgelegten Gesetzentwürfe über die Eisenbahnen, Industrie und Wohnbauten gemacht hat. Bei den Gesetzentwürfen über die Eisenbahnregulierung und die Industrie-Obligationen sind so gut wie gar keine Umänderungen von der Reparationskommission vorgenommen worden. Die größeren Beanstandungen der Reparationskommission betreffen sich fast ausschließlich auf den Gesetzentwurf über die Eisenbahnen, doch sind auch hier die Schwierigkeiten schon überwunden. Die Gesetzentwürfe dürften nach Abschluß der Londoner Konferenz wahrscheinlich zusammen dem Deutschen Reichstag vorgelegt werden. Soweit man sich in den Londoner Beratungen auch über Fragen einig geworden ist, die über die Eisenbahnen hinausgehen und neuer Gesetzentwürfe bedürfen, werden auch diese wahrscheinlich in Kürze nach Abschluß der Londoner Beratungen im Reichstag eingebracht werden.

Das Bankgesetz angenommen

London, 8. August.

Die Reparationskommission hat „Times“ zufolge das deutsche Gesetz betreffend die Bildung einer neuen Deutschen Emissionsbank genehmigt und das Protokoll betreffend die Einsetzung der im Domes-Bank vorgeschlagenen Kontrollstelle unter Beteiligung der Deutschen angenommen.

Dem Ende der Konferenz entgegen

London, 8. August.

Macdonald hatte gestern abend eine längere Besprechung mit Herriot und Herriot. Die deutsche Delegation fand sich unmittelbar nach der Sitzung des Sechsegerates im Arbeitszimmer von Dr. Stresemann zusammen und beriet bis in die späten Nachstunden hinein.

Diese internen Beratungen haben und drücken lassen darauf schließen, daß nach Erledigung der Sanftmütigen die Entscheidung über die weiteren Verhandlungen in der zweiten und dritten Kommission der Amerikaner (die wirtschaftliche Abrüstung, Eisenbahnfrage, Schlichterung und Transit) nahe bevorsteht, und daß diese Verhandlungspartien, nachdem sie sich ausgesprochen und einander orientiert haben, nunmehr ihre neuen Vorschläge formulieren, um einander vorzulegen. Die beiden Sachverständigenkommissionen werden heute bereits um 10 Uhr zusammenzutreten. Sie hoffen, ihre Arbeiten heute abend abschließen zu können. Der Not der Sechseger wird noch einige Tage brauchen. Immerhin hofft Macdonald, bis Montag fertig zu werden.

Eine Erklärung Dr. Luthers

London, 8. August.

„Reinminister Gazette“ veröffentlicht ein Interview eines ihrer Mitarbeiter mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther, in dem dieser nach Darstellung der schwierigen Lage des deutschen Mittelstandes und einer Widerlegung der „Legende vom Reichstum der deutschen industriellen Klasse“ ausführlich die Frage der Ruhrbesetzung hebt und Deutschlands Zahlungsfähigkeit in so unangenehmen Zusammenhang bringt, daß es schwer sei zu sehen, wie irgendeine Lösung der gemäßigten Schwierigkeiten erreicht werden könnte, ohne daß diese Frage in den Vordergrund der Erörterungen getrieben werde. Abgesehen von dem rein wirtschaftlichen Interesse, sei auch die moralische Seite der Frage in Betracht zu ziehen, wenn man erwidern möge, daß Deutschland von ganzem Herzen am Wiederaufbau mitwirde. Der Reichsfinanzminister bemerkt, niemand, der mit Dr. Luther gesprochen habe, könne nur einen Augenblick an seiner aufrichtigen Hoffnung zweifeln, daß eine Vereinbarung erreicht werden könnte.

Die „Mythe“ von Deutschlands Kriegsschuld

New York, 8. August.

Im Rahmen der Vortragsreihe über europäische Politik am europäischen Institut in Williamsburg beanstandete der Redaktor für europäische Politik am Institut, William Bradford Huie, die Kriegsschuldfrage. In längerer Rede kam er zu dem Ergebnis, daß die Annahme, ein deutsches Komplott sei die Ursache des Weltkrieges, eine Mythe sei. Der ehemalige amerikanische Botschafter in der Türkei, Henry Morgenthau, habe nachdrücklich die Behauptung von einem Kriegstäter unter dem Vorherrschaft des Kaisers in Potsdam am 5. Juni 1914 aufgestellt. Die Dokumente, die in Berlin und Wien seit Kriegsende veröffentlicht wurden, machten eine Revision der Behauptung von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld unmöglich. Deutschland wurde in den Krieg durch eigene Unmündigkeit und rufelose und abenteuerliche Politik Österreichs verwickelt. Die Kriegserklärung selbst sei Deutschland durch Russlands Mobilisierung aufzugesungen worden.

Riesige Truppenübungen im Ruhrgebiet

Neue Befestigung der Ruhrgebiete, 8. August.

Aus dem Ruhrgebiet, 8. August.

Die französische Befestigungsbehörde hat von der Stadtverwaltung Ost den Bau eines Kasernenzentrums verlangt. Die Kasernen dürften sich auf etwa 135 000 Soldaten stellen. Die Stadtverwaltung ist natürlich nicht der Lage, den Bau auszuführen, da vom Reich Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtverwaltung in Werben hat den Auftrag erhalten, eine neue Kaserne auszuführen, ebenso die Stadtverwaltung in Neudorf. Diese Forderung hängt mit großen Truppenübungen zusammen, die seit einiger Zeit im nördlichen Ruhrgebiet im Gange sind. Frankreich hat nämlich kürzlich die neuen französischen Rekrutenjahrgänge ins Ruhrgebiet geschickt und hier werden ihre weiteren Aufstellungen. Zum ersten Malgen abgesehen die Rekrutenabteilungen aus der Stadt in die Kasernenbezirke.

Anfangs erfolgte die Ausbildung auf requirierten Sportplätzen. Dann verlangten die Franzosen von den Stadtverwaltungen, daß sie um diese Plätze hohe Bretterplanken errichten. Neuerdings wird aber die Ausbildung in der Umgebung von Neudorf in einem großen Stütz betrieben. Die Franzosen haben die weiten Weideweiler zwischen Neudorf und Ostern in einen riesigen Truppenübungsplatz verwandelt. Hier sind ständig etwa 10 000 Mann aller Waffengattungen zusammengezogen, die nach Abschluß ihrer Übungen durch neue Truppen abgelöst werden. Die Truppen sind in Baracken untergebracht, zu deren Bau die Stadt Neudorf Material zwangsweise liefern mußte.

Nach Verallgemeinerung der neuen durch französische Pioniere sollen hier alle gesamten Truppen aus den Landkreisen fest stationiert werden. Mit der Errichtung des Truppenübungsplatzes sind weitgehende Störungen des Verkehrs verbunden. In den Übungen werden ständig wegen der Abhaltung von Schießschießübungen vor der Benutzung gefährdeten Straßenzüge gewarnt. Häufig sind wichtige Durchgangsstraßen für den Verkehr überhaupt gesperrt. Der Kanonenbau und das Knattern der Waffenteile wird ebenfalls verboten.

Die Finanzlage der Städte des Ruhrgebietes und besonders natürlich der Stadt Neudorf ist durch die Truppenhaltung so schwierig geworden. Dazu kommt noch, daß die Anforderungen von Wohnungen durch die Befestigungen in den letzten Tagen stark zugenommen haben. Die Bewohner werden häufig einfach auf die Straße gestellt, um französischen Regie- und Mitrain-Gesellschaften mit ihren Familien Platz zu machen.

Ein Morbplan gegen Matthes?

Halle/Saale, 8. August.

(Eigener Drahtbericht.)

Wegen eines gegen den Reparaturführer Matthes geplanten Morbplanes wurden hier mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der Siedler-Prozess vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 8. August.

Auch die heutige Vormittagsverhandlung im Oberverwaltungsprozess gegen Siedler und Genossen vor dem Staatsgerichtshof fand ein vorzeitiges Ende. Staatspräsident Nieber eröffnete kurz vor 9 Uhr die Sitzung. Als Vorsitzender trat der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Goldstein auf. Rechtsanwalt Döring, der dritte Verteidiger, teilte dem Gerichtshof mit, daß den beiden Rechtsanwältinnen Dr. Camter und Herzberg, die getrennt die Verteidigung niedergelegt haben, der Eintritt in den Sitzungssaal von der Polizei nicht erlaubt worden sei. Staatspräsident Nieber stellte die irrtümliche Auffassung der Polizei fest, darauf die beiden genannten Rechtsanwältinnen im Hofplatzraum erschienen. Rechtsanwalt Dr. Goldstein erklärte bei einer Frage des Vorsitzenden, er habe seine Klienten während mehrerer Stunden gesprochen, von der alten Staatsanwaltschaft und verzichte darauf, daß der Prozeß von neuem begonnen werde. Rechtsanwalt Dr. Döring bestand jedoch darauf und stellte einen entsprechenden Antrag, der von dem Gerichtshof nach kurzer Beratung abgelehnt wurde. Daraufhin erneuerte Dr. Döring den getrennt von den beiden anderen Verteidigern gestellten Antrag auf Absetzung des Staatspräsidenten Dr. Nieber, daß der Prozeß von neuem begonnen werde. In längerer Ausführungen begründete er seinen Absetzungsantrag, wobei es zu einem Zusammenstoß zwischen Dr. Döring und dem Reichsanwalt Dr. Neumann kam, der die Ausführungen des Verteidigers als nicht hinreichend begründete. Schließlich teilte Dr. Döring mit, daß er die Verteidigung seiner Klienten niederlege. Die Verhandlung wurde daraufhin abgebrochen und eine neue auf nachmittags 3 Uhr anberaumt. Bis dahin wird ein neuer Offizialverteidiger gestellt werden.

